



An den Vorsitzenden
des Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft
Herrn Dr. Martin Schoser

An die Oberbürgermeisterin
Frau Henriette Reker

**SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Köln**

Rathaus, Spanischer Bau
50667 Köln

fon 0221. 221 259 50

fax 0221. 221 246 57

mail fraktion@koelnspd.de

web www.koelnspd.de

Eingang beim Büro der Oberbürgermeisterin: 20.03.2017

AN/0491/2017

Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft	27.03.2017

Schulbaunotstand – Aktuelles Verfahren in der Gebäudewirtschaft

Sehr geehrter Herr Dr. Schoser,
sehr geehrter Frau Oberbürgermeisterin,

der Schulbaunotstand in Köln ist mittlerweile Realität. Viele Schülerinnen und Schüler, aber auch Lehrerinnen und Lehrer und Eltern nehmen die immer beengtere Situation an vielen Schulen notgedrungen in Kauf, sind bereit für gewisse Übergangsphasen Container auf ihrem Schulhof zu akzeptieren und warten seit Jahren auf anstehende Sanierungs- und Neubaumaßnahmen. Bereits in absehbarer Zukunft kann es dazu kommen, dass nicht alle Kölner Kindern die Schule besuchen können.

Die SPD-Fraktion hat im vergangenen Jahr in einem Ratsantrag gefordert, dass der Schulbau in der Gebäudewirtschaft eine Priorisierung außerhalb der bestehenden Abläufe erhält und dadurch beschleunigt wird. Die Ratsmehrheit hat diesen Antrag seinerzeit abgelehnt, ohne jedoch dem Problem in der Folge abzuwehren.

Nach Mitteilung der Stadtverwaltung (TOP 1.3) im aktuellen Ausschuss Schule und Weiterbildung hat sich die problematische Situation in der Gebäudewirtschaft nun offensichtlich erneut verschärft. Daraus geht hervor, dass ein von der Stadtverwaltung erstellter Planungsbeschluss nicht in die politischen Gremien eingebracht werden kann, weil die Gebäudewirtschaft derzeit keine weiteren Planungsaufträge akzeptiert.

Zu dem bislang bekannten Umsetzungstau bei der Gebäudewirtschaft, d.h. die an die Gebäudewirtschaft erteilten Aufträge werden dort nicht zeitnah abgearbeitet, kommt nun anscheinend noch ein Auftragsstau hinzu. In der Konsequenz würde das bedeuten, dass die Gebäudewirtschaft derzeit keine Aufträge für dringend erforderliche Planungen für Schulbaumaßnahmen mehr annimmt.

Vor diesem Hintergrund stellt die SPD-Fraktion folgende Fragen:

1. Kann aus der Mitteilung im Ausschuss Schule und Weiterbildung tatsächlich der Rückschluss gezogen werden, dass die Gebäudewirtschaft derzeit die Mitzeichnung und damit die Annahme jeglicher Planungsaufträge des Amtes für Schulentwicklung verweigert?
2. Inwiefern ist dieses Vorgehen der Gebäudewirtschaft und der Stadtverwaltung geeignet, die drohende Eskalation im Schulbau zu entschärfen?
3. Was geschieht mit den dringenden Planungsvorhaben für Schulbaumaßnahmen, deren Annahme und Bearbeitung die Gebäudewirtschaft verweigert?
4. Wie will die Gebäudewirtschaft eine adäquate Personal- und Maßnahmenplanung vornehmen, wenn durch ein solches Vorgehen letztlich die Auftragslage nicht umfassend berücksichtigt wird?
5. Wie soll die transparente Kommunikation mit den Schulen gewährleistet werden?

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Barbara Lübbecke
Geschäftsführerin der SPD-Fraktion